

# Vereinbarung zwischen der Marburger SPD, der BfM und der CDU Marburg für eine kommunale Partnerschaft

Diese Vereinbarung konzentriert sich auf die zentralen kommunalpolitischen Themen, und geht von der erfolgreichen Zusammenarbeit für den Haushalt 2017 aus, die wir für den Haushalt 2018 fortsetzen.

Mit der Erkenntnis, dass Marburg eine strukturelle Verbesserung des Haushalts erreichen muss, um weiterhin gestaltungsfähig zu bleiben, streben wir spätestens für 2019 einen mindestens echt ausgeglichenen Haushalt an, der nicht mehr über die Rücklage ausgeglichen werden muss und dieses Ziel ohne Erhöhung kommunaler Steuern erreicht. Bis zum Ende der laufenden Wahlperiode 2021 sollen die jährlichen Investitionen 20 Millionen Euro nicht überschreiten und mindestens zur Hälfte aus dem Finanzmittelfluss finanziert werden. Wir wollen dazu vor allem die Art der Erfüllung gesetzlicher Aufgaben überprüfen und durch Strukturveränderungen so verbessern, dass die hohe Qualität für die Bürgerinnen und Bürger erhalten wird und weitere Einschnitte in den freiwilligen Angeboten in Sport, Kultur, Sozialem und gesellschaftlichem Zusammenhalt unterbleiben können.

Das Bildungsbauprogramm „BiBaP“ werden wir auf Grundlage der bisher gefassten Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung fortführen. Analog dazu wird ein Kindertagesstättenbauprogramm „KiBaP“ auf Grundlage eines Kindertagesbetreuungs-Entwicklungsplans aufgelegt, um unter Berücksichtigung sozialräumlicher Bedarfe die hohe Qualität der Kindertagesbetreuung in Marburg zu garantieren. Wir streben eine engere Verzahnung von Jugendhilfe und Schule und eine strukturelle Zusammenführung mit den Angeboten außerschulischer Kooperationspartner an.

Wir wollen durch kooperative Sozialplanung gemeinsam mit Trägern, Betroffenen und Zivilgesellschaft die soziale Infrastruktur im Jugend- und Sozialbereich weiterentwickeln sowie Ziele und Art der Umsetzung vereinbaren. Marburg wird „Gesunde Stadt“ und leistet auf kommunaler Ebene Prävention, verbesserte Gesundheitsversorgung und Gesundheitsbildung. Die Marburger Altenhilfe St. Jakob wird so aufgestellt, dass sie als kommunaler Anbieter wirtschaftlich tragfähig und mit Tariflöhnen den Anspruch einer modernen Altenhilfe erfüllen kann.

Wir stehen für den Erhalt eines breiten und vielfältigen Kulturangebots und wollen dieses mit einer Neuauflage der Kulturentwicklungsplanung umsetzen.

Unsere Mobilitätspolitik berücksichtigt die Interessen aller Verkehrsteilnehmer/Innen, sorgt für einen sinnvollen Ausgleich und setzt nicht auf Konfrontation. Es ist dabei kein Widerspruch, die Bedingungen des Radverkehrs und die Sicherheit von Fußgängern zu verbessern, aber auch im Sinne einer gut zugänglichen Innenstadt angemessenen Parkraum sicherzustellen - gerade auch im Hinblick auf den demographischen Wandel und die Erreichbarkeit aus den Außenstadtteilen. Angesichts der Schadstoffbelastungen sind ein attraktiver öffentlicher Nahverkehr und die Förderung der Elektromobilität unabdingbar. Das Projekt Trambahn wird weiterverfolgt.

Wir wollen mehr bezahlbaren Wohnraum für alle. Dazu zählt sowohl Wohnungsbau in der Kernstadt als auch, dass die Außenstadtteile zum Wohnen und Leben attraktiv bleiben. Wir unterstützen daher neben der Entwicklung innerstädtischer Flächen eine Baulandentwicklung mit Augenmaß, um auch den erforderlichen Neubau von Wohneinheiten zu ermöglichen, der in der Innenstadt allein nicht leistbar ist.

Zur Förderung des Wirtschaftsstandorts Marburg streben wir den Ausbau von gut erschließbaren Gewerbeflächen an, auch in interkommunaler Form. Ein Standort-Entwicklungsplan für die Oberstadt und eine Erweiterung von Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing sollen mit klar definierten Zielen eine gesteigerte Attraktivität von Marburg als Wirtschafts-, Wohn- und Einkaufsstandort und als touristisches Ziel erreichen.

Wir wollen die demokratische Teilhabe ausbauen und fördern dazu die Entwicklung des Konzeptes zur Bürger/innenbeteiligung. Ziel ist es, eine neue Beteiligungskultur zu schaffen, die eine größtmögliche, repräsentative Teilhabe aller gesellschaftlichen Gruppen ermöglicht.

Die Dezenturwahlen erfolgen am 30. Juni 2017. Gewählt werden ein CDU-Bürgermeister und eine sozialdemokratische Stadträtin. Wir prüfen, wann – soweit nötig und finanziell möglich – eine Änderung der Hauptsatzung für eine vierte hauptamtliche Dezenturstelle erfolgen kann.

In den Punkten dieser Vereinbarung streben wir ein gemeinsames Verhalten an, erachten aber ein abweichendes Verhalten bei anderen Themen nicht als Bruch der Vereinbarung.

Mindestens eine Woche vor Einreichungsfrist informieren sich die Partner über einzureichende Anträge. Die drei Partner werden sich über solche Anträge rechtzeitig vorab informieren, bei denen abweichendes Stimmverhalten zu erwarten ist. Desgleichen sollen vor öffentlichen Äußerungen zu strittigen Themen die jeweils anderen Partner informiert werden.

Eine Koordinierungsrunde der drei Partner trifft sich immer am Montag der ersten Ausschusswoche, um sich abzustimmen.

Marburg, den xx.05.2017

---

Kirsten Dinnebier  
Vorsitzende der Marburger SPD

---

Frédéric Schwindack  
Vorsitzender der BfM

---

Dirk Bamberger  
Vorsitzender der CDU Marburg

---

Matthias Simon  
SPD-Fraktionsvorsitzender

---

Andrea Suntheim-Pichler  
BfM-Fraktionsvorsitzende

---

Wieland Stötzel  
CDU-Fraktionsvorsitzender